

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand:
Für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 80

Donnerstag, den 7. April 1932

Jahrgang 105

Die nächsten Pläne der Reichsregierung

Reichsfinanzminister Dietrich kündigt den vorsichtigen Versuch einer Wirtschaftsbelebung an

M. Berlin, 7. April. Der Führer der Staatspartei, Reichsfinanzminister Dietrich, sprach vor dem Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei über die nächsten Absichten und Pläne der Reichsregierung. Dietrich wies darauf hin, daß eine Klärung der politischen Stellung der Reichsregierung zu den radikalen Parteien erfolgt sei. Es sei absolut notwendig, daß zur inneren Veruhigung die Bünde und Organisationen, die jetzt geschaffen worden seien, verschwinden müßten. Trotz aller pessimistischen Prophezeiungen hätten wir die Sorgen des Winters bewältigt. Der Sommer werde eine gewisse Erleichterung bringen, aber es ständen alsdann die Sorgen für den nächsten Winter bevor und diese Sorgen könnten nicht allein mehr mit finanziellen Mitteln überwunden werden. Hierzu müßten alle wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten benutzt werden. Die nötigen Vorbereitungen der Reichsregierung seien im Gange. Die Reichsbank sei trotz ihres geringen Goldbestandes heute in einer viel besseren Verfassung als im Jahre vorher. Am 1. April habe ihre Beanspruchung 220 Millionen Mark betragen gegenüber einer Beanspruchung von 800 Millionen Mark im vorigen Jahre. Der Notenumlauf sei ebenfalls um eine halbe Milliarde geringer als im Jahr zuvor. Die Reichsregierung sei bereit, den vorsichtigen Versuch einer Wirtschaftsbelebung zu machen. Die verschiedenen Auffassungen und Interessen müßten zwar noch ausgeglichen werden, aber ein solcher Ausgleich werde erfolgen. Bei diesem Versuch werde auch die Zinsenfrage noch eine Rolle spielen. Es läme aber auch darauf an, daß die Dinge einfach gesehen werden und daß zur rechten Zeit die rechten Entschlüsse gefaßt würden. Was die Reparationsfrage anlangt, so pflissen es alle Späher von den Dächern, daß wir nicht zahlen könnten. Die Konferenz in Lausanne, die ja wohl stattfinden wird, muß eine große Entscheidung bringen. Es dürfe nie vergessen werden, wach einen Wert das Vertrauen zwischen den Völkern bediene. Die bevorstehenden Wahlen in Deutschland entschieden über den Bestand der bürgerlichen Wirtschaft.

Senkung der Vermögenssteuer geplant?

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, beabsichtigt das Reichsfinanzministerium die bei der Veranlagung zur Vermögenssteuer entstandene Härte durch eine generelle Herabsetzung der Steuer zu beseitigen. Daburh solle der

seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertminderung Rechnung getragen werden.

Keine neue Notverordnung in Sicht

Antliche Zurückweisung nationalsozialistischer Behauptungen.

Antlich wird aus Berlin mitgeteilt: „In der in Braunschweig erscheinenden „Niederländischen Hiltzerzeitung“ Nr. 8 vom 27. März wird in einem Artikel „Neue Notverordnung kommt“ die Behauptung aufgestellt, daß Reichskanzler Dr. Brüning am 25. April eine neue Notverordnung dem Reichspräsidenten vorlegen werde. Die gleiche Behauptung hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straffer in einer Rede am 4. April in Kassel aufgestellt, worin er von „einer 10prozentigen Gehaltskürzung und einer unerhörten Kürzung der Renten und Arbeitslosenunterstützungen“ sprach. Die von Herrn Straffer und in dem genannten Artikel aufgestellten Behauptungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage und beruhen auf freier Erfindung. Die etatsrechtlichen Maßnahmen, die für das Vierteljahr April bis Juni 1932 notwendig wurden, sind in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. März 1932 vorgesehen. Irgendwelche neuen Lasten sind darin nicht enthalten. Vorarbeiten zu einer weiteren neuen Verordnung sind nicht im Gange. Daß es mit Hilfe von Sparmaßnahmen gelingen wird, den Etat 1932 in Ordnung zu bringen, hat bereits der Reichsminister der Finanzen öffentlich ausgesprochen.“

Hindenburg empfängt eine Abordnung der Volksrechtspartei

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Mittwoch eine von dem Landtagsabgeordneten Oberbürgermeister Bauer-Stuttgart geführte Abordnung der Volksrechtspartei und Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung, die die Wünsche der in dieser Partei vereinigten deutschen Sparer und Rentner nach unbedingter Abwehr aller irgendwie gestalteter inflatorischer Vorschläge, nach Besserung des Loses der Kleinrentner, nach Neubildung inländischen Kapitals durch Wiederherstellung alten Volkervermögens und nach Förderung der Kapitalbildung vortrug. Die Abordnung bat den Reichspräsidenten, alle diese Fragen, sowie auch ihre Zusammenhänge mit Arbeitslosigkeit und Kreditkrise durch einen besonderen Sachverständigenausschuß prüfen und beraten zu lassen.

Tages-Spiegel

In London wurde gestern die Viermächtekonferenz eröffnet. Der erste Verhandlungstag brachte bereits starke Gegenstände.

Die Reichsregierung widerruft amtlich die Gerüchte von einer neuen Notverordnung, die angeblich nach der Reichspräsidentenwahl erlassen werden soll.

Reichskanzler Brüning sprach gestern in Erfurt und Weimar für Hindenburg, während Hitler in Würzburg, Nürnberg und Regensburg Wahlreden hielt. Eugenberger bekämpfte gestern in Ulm die Reichsreformbestrebungen.

Der Reichsinnenminister hat mit den Ländern ein gemeinsames Vorgehen der Polizei bei der Behandlung der SA-Abteilungen verabredet.

Für die Landtagswahlen am 24. April ist in allen Ländern mit 10 000 Kandidaten zu rechnen.

Der rumänische Gesandte in Berlin ist abberufen worden, weil seine Handelsvertragspolitik Mißfallen in Bukarest erregt hat.

nerlei Gegenvorschläge brachte, und erklärten, daß man nun auf einen bestimmten Plan Deutschlands zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Donauländern warten müsse.

England vertritt die Auffassung, daß alle bisherigen Schritte des Völkerbundes völlig zwecklos waren. Die meisten der vom Völkerbund entworfenen Berichte hätten zu keinen praktischen Maßnahmen geführt, weil sie niemals die richtige Stelle erreicht hätten. Der Leiter der englischen Politik legt daher den allergrößten Wert darauf, daß diese Konferenz ein greifbares Ergebnis, und sei es auch unabhängig vom Völkerbund, ergibt. Die Wirtschaftslage in den Donauländern sei derartig ernst, daß sofortige praktische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Dementsprechend bringt er darauf, daß die Konferenz möglichst bis Donnerstagabend, sonst aber bis Freitag zu einem Abschluß kommt, der den Donaustaaten einen Anhalt für ihre weitere Politik gibt, so daß sie unter sich die Einzelheiten des Vorzugszollsystems beschließen können. Die zweite Donaukonferenz soll dann sowohl von den Großmächten wie von den Donaustaaten bejehlt werden.

Bei der deutschen Abordnung nimmt man an, daß man sich vielleicht über eine Einladung einigen, aber eine endgültige Lösung nicht erzielen wird. Die Entwicklung werde vielmehr schrittweise vor sich gehen, wobei deutscherseits sehr stark darauf hingewiesen wird, daß der Völkerbundsrat ein wesentliches Wort nicht zu sprechen haben werde.

Beisprechungen über die Tributfrage?

Staatssekretär von Bülow ist vom englischen Außenminister Simon zu einem Frühstück eingeladen worden, wobei voraussichtlich die Fragen, die über die eigentliche Donaufrage hinausgehen, in privater Beisprechung zur Erörterung kommen werden. Irgendwelche Anhaltspunkte, daß mit einer völligen Streichung der Tribute zu rechnen wäre, liegen zurzeit noch nicht vor. Von maßgebender englischer Seite wurde sogar energisch demütiert, daß während der Beisprechungen mit Tardieu das Wort Lausanner Konferenz überhaupt gefallen ist.

Staatssekretär von Bülow hatte am Mittwoch vormittag eine Unterredung mit Grandi, die sich auf die allgemeinen Fragen der Konferenz erstreckte.

Wie „Manchester Guardian“ erfährt, soll der französische Ministerpräsident Tardieu bei den Londoner Beisprechungen in der Tributfrage eine große Nachgiebigkeit gegenüber dem englischen Standpunkt gezeigt haben. Allem Anschein nach habe England dafür eine freundliche Stellungnahme zu den französischen Donauplänen zugesichert. Es bestehe die Aussicht, daß die Lausanner Konferenz die Tribute zum mindesten sehr stark herabsetzen werde.

Politische Zusammenstöße in Leipzig

M. Leipzig, 7. April. Am Mittwochabend wurde das Ueberfallkommando nach Modau gerufen. Dort waren bei einer Schlägerei zwischen SPD-Leuten und Nationalsozialisten Schüsse gefallen, durch die zwei SPD-Leute erheblich verletzt wurden, so daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Es wird behauptet, daß die Schüsse von Nationalsozialisten abgegeben worden sind. Es sind auch Nationalsozialisten festgenommen worden. Nach den Mitteilungen der Polizei hat diese bei einer Hausdurchsuchung bei einem der festgenommenen Nationalsozialisten 3 Gewehre, 1 Seitengewehr und eine Menge Munition gefunden.

Die Londoner Viermächtekonferenz eröffnet

Unbefriedigendes Ergebnis des ersten Verhandlungstages — Die Vorarbeiten des Völkerbundes unbrauchbar

M. London, 7. April. Die Viermächtekonferenz zur Prüfung des Donauproblems nahm am Mittwoch ihren Anfang. Deutschland ist durch Staatssekretär von Bülow, Italien durch Außenminister Grandi, Frankreich durch Finanzminister Landin und England durch Macdonald und Schatzkanzler Neville Chamberlain vertreten. Die Konferenz beschloß zunächst, zwei Ausschüsse einzusetzen. Der erste Ausschluß besteht aus den Abordnungsführern und hat die Aufgabe, die Einzelheiten zu behandeln und festzustellen, wie weit die einzelnen Mächte zu einer Einigung gelangen können. Der zweite Ausschluß setzt sich aus Finanzfachverständigen der vier Regierungen zusammen. Er hat die Aufgabe, den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes nachzuprüfen, der sich in vieler Hinsicht als ein Hindernis für eine Einigung erwiesen hat. Der Ausschluß soll feststellen, wie weit sich gewisse Empfehlungen praktisch durchführen lassen.

Die Verhandlungen am ersten Konferenztage haben damit geendet, daß der Optimismus, den Macdonald und die französischen Vertreter noch bis zum letzten Augenblick zur Schau trugen, gedämpft wurde und daß deutscher- und italienischerseits die Beisprechungen pessimistisch beurteilt werden. Entgegen den Erwartungen ist die deutsche und die italienische Abordnung von dem Inhalt der Beisprechungen zwischen Tardieu und Macdonald nicht unterrichtet worden und eine Beisprechung der vorgesehene Programmpunkte ist ebenfalls nicht erfolgt. Man ist sich daher in Kreisen der deutschen Abordnung nicht darüber klar, in welchen Punkten eine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt wurde, und man weiß auch nicht, ob in der Frage des Donauproblems und in welchem oder bis zu welchem Grade ein englisch-französisches Einvernehmen besteht.

In der Konferenz ergaben sich zwei Gruppen. Auf der einen Seite England und Frankreich, die sich hauptsächlich an der finanziellen Seite des Donauproblems interessiert zeigten und sich im großen und ganzen schon

über den Donaubund geeinigt hatten. Auf der anderen Seite Deutschland und Italien, die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellten. Italien gab zwar allgemein sein Einverständnis zu der Einführung des Vorzugszollsystems, erhob aber Einspruch dagegen, daß es lediglich auf die Donaustaaten ausgedehnt werden sollte, und verlangte die Einbeziehung der Großmächte in das System. Hierbei wies der italienische Vertreter auf die besonderen Interessen hin, die Italien als Nachfolgestaat Oesterreich-Ungarns habe und auf die Nachteile, die den Häfen Trieste und Brindisi entstehen können. Er machte ferner Einwendungen gegen die gesamte Art des Vorgehens, wie es bei Frankreich bei der Durchführung des Donauproblems geplant ist.

Der deutsche Vertreter wandte ein, daß die Donaufrage für sich allein nicht lösbar sei, sondern in Verbindung mit den anderen Problemen betrachtet werden müsse. Er wies darauf hin, daß das Vorzugszollsystem für die Donaustaaten nicht die erwartete Erleichterung und die Hebung der Kaufkraft bringen würde, an der Deutschland interessiert sei. Dieses Verfahren würde keine Vorteile bringen. Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch und waren außerordentlich lebhaft.

Von französischer Seite wurde im Verlauf der Verhandlungen die Anregung gebracht, daß die großen Staaten den Donaustaaten ihrerseits einseitige Vorzugszölle gewähren sollten. Nach der Konferenz vertreten die Franzosen die Auffassung, daß es vielleicht möglich sein werde, Italien zum Einlenken zu bewegen, daß aber der Widerstand von Deutschland her wesentlich stärker sei. Tatsächlich jedoch dürfte das umgekehrte der Fall sein, denn Staatssekretär von Bülow erklärte, daß Deutschland zu Opfern bereit sei, wenn hierdurch eine Wiederbelebung der Donauwirtschaft wirklich erreicht werde. Die Franzosen werfen der deutschen Abordnung vor, daß sie keinen Plan hatte und daß sie sel-

Die Londoner Biermächtikonferenz

Zuversicht in Berlin

— Berlin, 6. April. Die deutsche Abordnung für London beurteilt die französisch-englischen Besprechungen der letzten Tage außerordentlich ruhig und glaubt, daß durch den Tardienbesuch das Ergebnis der Londoner Konferenz auf keine Weise vorweggenommen ist. Man ist der Auffassung, daß auch in London das entscheidende Wort nicht gesprochen und die Entscheidung in der Donaufrage erst in Genf fallen wird. Darum sieht man auch in der Londoner Vorbereitungsphase der ersten Apriltage keinen Gefahrenpunkt für die deutsche Politik. Bränning will übrigens in den kommenden Wochen bei jeder sich bietenden Möglichkeit nach Genf reisen, wo nach deutscher Auffassung nicht nur die ganze Donaufrage geregelt, sondern auch in einem viel weiteren Rahmen die große politische Auseinandersetzung beginnen wird. Darum ist auch die deutsche Abordnung nicht mit gebundener Marschroute nach London gereist und hat keineswegs einen bis ins einzelne gehenden Donauplan in der Tasche.

Weniger zuversichtlich stimmt folgende Londoner Meldung: In den Kreisen der französischen Abordnung zur Biermächtikonferenz sind umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden, um Deutschlands Ansprüche zu entkräften. Zu den statistischen Angaben, auf die sich die deutschen Forderungen zum Teil stützen, sind Gegenstellungen ausgearbeitet worden. Die deutsche Abordnung muß darauf gefaßt sein, daß ein starker französischer Ansturm gegen die Meistbegünstigungs-Verträge Deutschlands mit den Donaustaaten einsehen wird. Man ist anscheinend bereit, eine deutsche Nachgiebigkeit durch Zugeständnisse auf anderen Gebieten, vielleicht bei den Tribut- und Zöllen, zu erkaufen. Schwierige Fragen sollen auf die zweite Donaufgabe verschoben werden, von der man in französischen Kreisen glaubt, daß sie nicht in Genf, sondern in Lausanne stattfinden wird.

Fortsetzung der englisch-französischen Donaubesprechungen.

Am Dienstag vormittag fanden in London Besprechungen zwischen Sir Frederic Leith Ross und den französischen Sachverständigen Bizot und Ruett über die Donaufinanzpläne statt.

Der österreichische Gesandte in London, Baron von Frankenstein, stattete dem englischen Außenminister und dem französischen Finanzminister Flandin einen längeren Besuch ab. Das Eingreifen Österreichs in die Verhandlungen hat in diplomatischen Kreisen ein erhebliches Aufsehen erregt.

Die Hilfe für die Donauländer

Eine Milliarde Franken-Anleihe für die Donaustaaten?

Bainville berichtet in der Pariser Zeitung „Liberté“, daß Frankreich eine große Konvertierungsanleihe für die Donaustaaten vorbereitet und in Vorschlag gebracht habe. Diese Anleihe solle es den Donauländern ermöglichen, eine umfassende Sanierung durchzuführen. Was den Betrag anbelange, so werde ziemlich übereinstimmend von 1 Milliarde gesprochen. Wenn man Österreich eine neue Anleihe gebe, so könne das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die Finanzkontrolle wieder eingeführt werde. Es frage sich nur, ob Wien bereit sei, sich der Finanzkontrolle zu unterwerfen, und ob Deutschland einem derartigen Vorschlag zustimme. Die Entscheidung darüber müsse in den nächsten Tagen fallen. Der „Paris Soir“ meint, daß der französische Vorschlag in London dahin gehe, die Donauländer zu einer Konferenz ohne Beteiligung der Großmächte einzuladen. Wenn es den Donaustaaten gelänge, zu einer Verständigung zu gelangen, würden die Vertreter der Großmächte erneut zusammentreten, um ihre Interessen mit den Vorschlägen der Donauländer in Einklang zu bringen. Die britisch-französischen Vorverhandlungen seien zweifellos geeignet, die Biererkonferenz wesentlich zu erleichtern, da die finanziellen Opfer für die Hilfsaktion im wesentlichen auf Frankreich und England lasten würden.

Frankreichs „europäische“ Ostmark

Ein französischer 10 Milliarden-Plan.

Um seine Mächenschaften und friedlichen Eroberungen in Osteuropa etwas mündiger zu machen, verkündet Paris zur Zeit, es wolle „nur“ gegen Sowjetrußland eine europäische Ostmark schaffen. Man hört von 3 bis 10 Milliarden Goldfranken, die der Ausbau des 3000 Kilometer langen und zwischen 200—700 Kilometer breiten Ländergebietes nach französischen Plänen kosten würde. Man plant auf französischer Seite hier 400 000 Kilometer neue Straßen in fünf Jahren anzulegen (250 Kilometer im Tage!). 1500 Kilometer Kanalbau sollen außerdem erstellt werden. Das Geld soll durch internationale Emissionen aufgebracht werden.

Mit Straßen- und Eisenbahnbauten könnte sich Frankreich gewisse politische Zugeständnisse vom Donauraum und von Osteuropa erkaufen. Die Wirtschaftsnöte dieses Gebietes wäre aber damit nicht nennenswert behoben; denn das, was hier fehlt, ist ein entsprechendes Absatzgebiet! Und dieses können die Donauländer nicht in Frankreich, wohl aber in Deutschland finden.

Hoover über Stimsons Europareise

U. Washington, 6. April. In einer Pressebesprechung im Weißen Haus erklärte Präsident Hoover erneut, daß die Reise Stimsons nach Genf ausschließlich der Abrüstungsfrage gelte. Eine Aufrollung der Schuldenfrage sei keineswegs geplant. Der Besuch Stimsons solle einzig und allein auf die Festlegung eines endgültigen Abrüstungsplanes ab, obwohl Amerika von Genf keine unwägbaren Ergebnisse erwarte. Hoover wies weiter darauf hin, daß der vor zwei Monaten in Genf vorgelegte amerikanische Abrüstungsplan während des Besuches des amerikanischen Finanzsachverständigen Norman Davis in Washington mit dem Marinekriegsdepartement und Stimson näher besprochen und erweitert worden sei.

Außenminister Graf Czernin †

In Wien ist Graf Ottokar Czernin im Alter von 80 Lebensjahren gestorben. Czernin war von Dezember 1916 bis fast zum Zusammenbruch österreichisch-ungarischer Außenminister und hat während dieser Zeit eine viel umstrittene



Rolle gespielt. Der Graf war ein Freund des ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand. An den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest war er führend beteiligt. Nach dem Zusammenbruch zog er sich zurück.

Treuebekenntnis des Landvolkes für Hindenburg

U. Berlin, 6. April. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern eine größere Abordnung von Landwirten und ländlichen Gemeindevorstehern aus allen Teilen Deutschlands, sowie auch des österreichischen Landvolkes. Die Abordnung, welche von dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. G. E. Recke, geführt war, brachte übereinstimmend das unerlöschliche Vertrauen des deutschen Landvolkes in die Person und das Wirken Hindenburgs zum Ausdruck und nahm zugleich Gelegenheit, dem Herrn Reichspräsidenten die Wünsche der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft, in eingehender Besprechung darzulegen.

Reichspräsident von Hindenburg dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen; in seiner Erwiderung auf die landwirtschaftlichen Forderungen gab der Herr Reichspräsident einen Überblick über die Maßnahmen, die seit seiner Osterbotschaft des Jahres 1930 zum Schutze der Landwirtschaft getroffen worden sind; er versicherte, daß er nach wie vor in der Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft eine unerlöschliche Voraussetzung für die Gesundung unseres Vaterlandes erblicke.

Der Empfang schloß mit der gemeinsamen Erklärung der anwesenden Vertreter des deutschen Bauerntums, daß sie die Parole des Reichslandbundes ablehnen und in geschlossener Front sich in alter Treue zu dem Ehrenmitglied des Reichslandbundes, dem Feldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg bekennen.

Konferenz im Reichsinnenministerium

Vertreter der Landesregierungen beim Reichsinnenminister.

— Berlin, 6. April. Reichsinnenminister Groener hielt eine Besprechung mit Vertretern der Landesregierungen, in der eine Reihe wichtiger innenpolitischer Fragen erörtert wurde. An der Besprechung nahm u. a. der preussische Innenminister Severing teil. Die Besprechung dürfte sich mit dem Material befassen, das von der preussischen Polizei vor kurzem bei der NSDAP. beschlagnahmt worden ist.

Forderungen der westdeutschen Industrie

— Düsseldorf, 6. April. In einer Eingabe an den Reichsfiskus stellt der Vanguam-Verein drei Maßnahmen in den Vordergrund, die sofort und in organischer Verbindung miteinander ergriffen werden müssen. Die kurz- und mittelfristige Verschuldung der deutschen Gemeinden, die drei Milliarden Reichsmark übersteige, bedürfe raschster Konsolidierung. Diese Umschuldung sei notfalls unter Bürgerschaft des Reiches vorzunehmen. Die Hilfe, die das Reich den Gemeinden durch eine Umschuldung angedeihen lasse, berechtige das Reich, von sich aus eine einheitliche neue Finanzordnung für sämtliche deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände zu schaffen, um eine Garantie gegen eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit herzustellen. In diesem Zusammenhang wird auf das bekannte Gutachten von Staatssekretär Popyth verwiesen und außerdem eine Untersuchung der Frage verlangt, wie weit die kommunalen Unternehmungen zweckmäßigerweise der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen und privaten Wirtschaftsträgern überlassen werden sollen. Veltender Gesichtspunkt dieser Prüfung müsse die Beilegung des heute besonders unerträglichen Wettbewerbs der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft sein. Schließlich werde die Reorganisation der Erwerbslosenbetreuung immer dringlicher. Die Zusammenfassung der gesamten Erwerbslosenbetreuung in einer einzigen Organisation, die den Arbeitsämtern zu übertragen sei und die allgemeine Einführung der Prüfung von Bedürftigkeit und Arbeitswilligkeit sei dringend erforderlich. Werde das kommunalpolitische Funktion — Umschuldung, Neuordnung der Finanzordnung, Reform der Erwerbslosenfürsorge — wie vorgeschlagen sofort geschaffen und durchgeführt, so bestche die begründete Hoffnung für baldige Gesundung der Gemeinbewirtschaft.

Ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Politische Kurzmeldungen

Trotz der Widerrufe amtlicher Stellen wollen die Nachrichten nicht verstummen, daß die Reichsregierung noch in diesem Jahre gezwungen sein werde, eine Generalkonkurrenz für alle deutschen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland zu beantragen. — Ueber den März-Abschluß der Reichs-Einnahmen hört man zuverlässig, daß die Einnahmen um insgesamt 55 v. H. hinter dem Vorschlag zurückgeblieben sind. — Von 63 Städten liegen den amtlichen preussischen Regierungsstellen Denkschriften über ihre schwierige Finanzlage vor. Die Aufwendungen für die Wohlfahrtsverpflichtungen sollen nur noch bis Juni ds. Js. zu beschränken sein. — Eine amtliche Zählung ergab, daß am 1. April im Hamburger Hafen 178 Schiffe untätig auflagen mit einem Raumgehalt von 710 779 Br.-Tonnen. — Die deutsche Schwerindustrie hat mit der Sowjet-Handelsvertretung einen Vertrag auf Lieferung von 300 000 Tonnen Eisen und Bleche abgeschlossen. — In einem kommunistischen Verkehrslokal in Köln wurden viele Waffen und Munition gefunden. 40 Kommunisten wurden festgenommen, das Lokal geschlossen. — In Hannover wurde eine nationalsozialistische Wahlkundgebung, in der nach General Lohmann als Hauptredner Gauleiter Rüst-Hannover Politik und Person Brännings scharf angriff, von der Polizei aufgelöst. — Kapitänleutnant Ehrhardt wird in einer großen Kundgebung der vereinigten Hindenburg-Anschüsse in Hannover am Freitagabend ein feierliches Beisetzungsritual für Hindenburg ablegen. — In Königsberg sagte Hitler in einer Wahlrede, die nationalsozialistische Idee könne nicht scheitern, wenn sie sich nicht selbst aufbe. Sollten die anderen Parteien auch die klugen Köpfe haben, die Nationalsozialisten hätten die Menschen, und die Zukunft werde entscheiden, ob die Köpfe oder die Menschen siegen würden. — Der Gedanke einer Anleihe für die Donaustaaten wird in englischen Finanzkreisen scharf zurückgewiesen. — Im Prozeß wegen des Anschlags auf Boksaftir von Twardowski wurden beide Angeklagte zum Tode verurteilt. — Die Regierung von Neufundland ist zurückgetreten, nachdem Demonstranten das Parlamentsgebäude gestürmt hatten.

Die Holzeinfuhr nach Frankreich

nahezu völlig unterbunden.

Die Kontingentierung der deutschen Holzeinfuhr, mit der die französische Regierung im August 1931 in recht rigoroser Form den Anfang gemacht hat und die seitdem mehrfach verschärft worden ist, hat nunmehr für das zweite Quartal eine Regelung erfahren, die für die deutsche Holzwirtschaft, in erster Linie für die Badens und Württembergs, eine unerwartete Verschlimmerung der Situation bedeutet. Das bisherige, schon sehr geringe Kontingent ist noch malserheblich herabgesetzt worden; darüber hinaus werden von dem Kontingent aber noch die Holz mengen abgezogen, um die das Kontingent des ersten Vierteljahres mit Umladung der französischen Zollbehörden überschritten worden ist. Ferner werden auch noch Holzlieferungen angerechnet, die auf Grund von Sachlieferungsverträgen erfolgen sollen, von deren Existenz den zuständigen Fachverbänden bisher nichts bekannt war. Der Erfolg ist, daß im laufenden Vierteljahr an Kunds- und Schmittholz nur rund 1200 Tonnen eingeführt werden dürfen, das sind etwa 60 Waggons, eine Menge, die früher von einem einzigen mittleren Sägewerk nach Frankreich geliefert worden ist.

Kleine politische Nachrichten

Veränderungen im deutschen diplomatischen Dienst. Der vortragende Legationsrat Frhr. v. Reihwitz ist zum Gesandten in Santiago de Chile, der Gesandte Graf Tattenbach zum Gesandten in Caracas (Venezuela) und der vortragende Legationsrat König zum Gesandten in La Paz (Bolivien) ernannt worden. Der bisherige deutsche Gesandte in Santiago, Hlshausen, wurde zur Disposition gestellt. Der Gesandte v. Mudra in Quito (Ecuador) und Generalkonsul Böckers sind ins Auswärtige Amt einberufen worden.

Die ostpreussischen Landwirtschaftskammerwahlen. Die U. errechnete folgendes vorläufiges Gesamtergebnis der Landwirtschaftskammerwahlen der Provinz Ostpreußen: Nationalsozialisten 50 Mandate, Landwirtschaftsverband Ostpreußen 21 Mandate und Ermlandischer Bauernverein 5 Mandate.

Wieder Litschajenbrände in Berlin. In Berlin mußte die Feuerwehr wiederum verschiedene Male ausrücken, um in Brand gesteckte Litschajen zu löschen. Die Täter hatten es in der Hauptsache auf die politischen Plakate abgesehen und sind in allen sechs Fällen unerkannt entkommen. Im Sportpalast löste die Polizei eine kommunistische Antifriedenskundgebung auf.

Der Führer des Südtiroler Republikanischen Schutzbundes aufgefunden. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch wurde in einem durch die Stadt Innsbruck fließenden Kanal die Leiche des Führers des sozialdemokratisch-republikanischen Schutzbundes Südtirols, August Wagner, aufgefunden. Wagner war auch Redakteur des sozialdemokratischen Innsbrucker Blattes.

Massenversammlungen der streikenden Bergarbeiter in Brüz. In Brüz fand auf den drei großen Plätzen der Stadt eine Massenkundgebung der streikenden Bergarbeiter Nordwestböhmens statt. Die Teilnehmer, rund 18 000 Mann, trafen in langen Zügen in Brüz ein. Sämtliche Geschäfte der Stadt waren geschlossen, da die Kaufleute und Gewerbetreibenden mit den Bergarbeitern sympathisieren. Auch die Belegschaften fast aller Fabriken hatten die Arbeit niedergelegt.

Die Türkei gegen den Tardienplan. In einem Leitartikel des halbamtlichen „Milliet“ wird der Donauplan Tardiens verurteilt. Der Plan verhindere die Bildung einer Balkanunion, wie sie von der Türkei und anderen Balkanstaaten gewünscht werde. In dem Leitartikel wird ein Wirtschaftsschutz für die Länder des nahen Ostens gefordert und die Bildung eines Mittelmeerbundes, einschließlich der Türkei, Griechenlands, Bulgariens, Albaniens, Ägyptens und Syriens, vorgeschlagen.

Außenhandelskontrolle in Aussicht

Trotz des Stillhalteabkommens belaufen sich die jährlichen Zahlungsverpflichtungen, die Deutschland an das Ausland belästigen muß, auf angeblich 1,25 Milliarden Rm. Bisher konnten sie aus dem Ueberschuß unseres Außenhandels gezahlt werden. Nachdem nun dieser Ueberschuß im neuen Jahr unter 100 Millionen Rm. monatlich gesunken ist und die Gefahr besteht, daß er noch mehr zusammenschrumpft, ist nicht einzusehen, wie wir unsere Zahlungen bewerkstelligen sollen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder erklärt Deutschland ein Moratorium, was einer Vantrotterklärung gleichkäme. Die deutsche Reichsregierung will jedoch alles aufbieten, um diese verhängnisvolle Klippe zu umschiffen. Die zweite Möglichkeit besteht in einer Außenhandelskontrolle, in einem Außenhandelsmonopol. Der Staat würde vor allem bestimmen, was für fremde Waren eingeführt werden dürfen. Außerdem würde er die Ausfuhr mit allen Mitteln, vielleicht sogar mit Ausfuhrprämien, steigern. Das Außenhandelsmonopol hätte manche Züge mit einer bolschewistischen Wirtschaft gemeinsam; denn der Staat würde nun bestimmen, was für exotische Güter (wieviel Kaffee, Tabak usw.) der einzelne Staatsbürger verbrauchen darf. Wenn nicht baldigt die ausländischen Zollmauern abgebaut und die deutsche Ausfuhr wieder erleichtert wird, dann erscheint es nicht ausgeschlossen, daß das Deutsche Reich vorübergehend das Monopol des Außenhandels einführt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. G. Berliner Produktenbörse vom 6. April.

Weizen, märkischer 258-260; Roggen, märkischer 199 bis 201; Rassenroggen 195; Gerste (Braugerste) 184-192; Futter- und Industrieerbsen 171-183; Hafer, märkischer 162-167; Weizenmehl 31,50-35; Roggenmehl 26,50-27,90; Weizenkleie 11,20-11,40; Roggenkleie 10,40-10,70; Viktoriaerbsen 18 bis 25; kleine Speiseerbsen 21-24; Futtererbsen 15-17; Peluschken 16,50-18,50; Ackerbohnen 15-17; Wicken 16-19,50; Lupinen, blaue 10,75-12; dto. gelbe 14,50-16,50; Seradella, neue 31-36,50; Feinfutchen 11,80; Erdnufutchen 13,10-13,30; Erdnufutchenmehl 18; Trockenschmelz 9,50; Kartoffelflocken 17 bis 17,30. Allgemeine Tendenz: Gut besaunet.

Viehpreise

Ehingen a. D.: Kalbkuh 280-330, Jungvieh 70-130 M. — Hehlingen: Rinder 60-200, trächtige Kühe und Kalbinnen 220-400, Wurflähe 80-140 M. — Horb: Kühe 200-300, Kalbinnen 300-400, Rinder 140-250, Jungvieh 50-150 M. — Langenau: Farren 270, Kalbkuh 395, Jungkühe 75-151, Jungfarren 70-101 M. — Waldsee: Farren 100-200, Kühen 250-400, Kühe 120-300, Kalbkuh 270-380, Jungvieh 80 bis 200 M.

Schweinepreise

Ehingen a. D.: Ferkel 13-21, Läufer 25-35, Mutter- schweine 120-150 M. — Buchau a. S.: Milchschweine 19 bis 22 M. — Fellbach: Milchschweine 20-27, Läufer 30-38 M. — Hehlingen: Milchschweine 7,50-11 M. — Horb: Milchschweine

15-25 M. — Langenau: Milchschweine 17-25 M. — Tuttlingen: Milchschweine 10-19 M. — Waldsee: Milchschweine 16,50-22,50 M.

Fruchtpreise

Buchau a. S.: Saathaler 10 M. — Ehingen a. D.: Haber 8,50-9,50, Gerste 8,80-10, Wicken 11-12 M. — Waldsee: Gerste 10, Haber 9,20-10 M.

Weißerhader Marktbericht

Zufuhr: 145 Stück Milchschweine. Preis: 22-36 M. pro Paar. Handel mäßig.

Holzverkäufe

Bei den Holzverkäufen aus den württembergischen Staatswaldungen wurden im Monat März für Nadelstammholz folgende Erlöse erzielt: Fichten und Tannen 46 Prozent der Landesgrundpreise bei einem Verkauf von 16302 Festmeter. Im Februar betrug der Erlös 57,5, im Januar 47 Prozent. Föhren und Lärchen 52 Prozent bei einem Verkauf von 3685 Festmeter. Im Februar stieg sich der Erlös auf 51, im Januar auf 53 Prozent. Bei dem Verkauf von Eichenstammholz schwankte der Erlös zwischen 74 und 97 Prozent, bei dem Verkauf von Rotbuchenstammholz zwischen 64 und 76 Prozent. Für Nadelholzstangen wurden durchschnittlich 66 Prozent der Landesgrundpreise erzielt. In Brennholz wurden verkauft 13937 Raummeter Laubholz und 22104 Raummeter Nadelholz bei einem Durchschnittserlös von 82 Prozent gegen 85 Prozent im Februar, 91 Prozent im Januar und 88 Prozent im Dezember.

Sammeln Sie die Gutscheine von:

SUNLICHT SEIFE
Doppelstück 27 Pf. Würfel..... 23 Pf.
VIM Die Putzfrau in der Dose
Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.

LUX SEIFENFLOCKEN
Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.
SUMA Das moderne Waschmittel
Originalpaket..... 36 Pf.

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.

SCHERE
25 Gutscheine
Wäsche- und Blumen-Sprenger
28 Gutscheine



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM - BERLIN

Amtl. Bekanntmachungen

Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932

(Zweiter Wahlgang)

Die in Nr. 58 des Calwer Tagblatts vom 10. März 1932 über die Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 (Erster Wahlgang) veröffentlichte oberamtliche Bekanntmachung über die Abgrenzung der Stimmbezirke, Bestimmung der Abstimmungsräume und Bestellung der Abstimmungsbeauftragten und deren Stellvertreter gilt auch für die am 10. April 1932 stattfindende Reichspräsidentenwahl (Zweiter Wahlgang).

Calw, den 6. April 1932.

Oberamt: Rippmann.

Bestellungen
auf
Eier
zum Einlegen nimmt entgegen
Wilh. Heugle
Bischoffstr. 32

Morgen Freitag, von
9 Uhr ab gibt es auf der
Freibank
Ruhfleisch
das Pfd. zu 30 Pfg.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben auf Lager:

Nitrophoska	Futterreis
Kalkstickstoff	Reisfuttermehl
Kalksalpeter	Muskator-
Ammoniak	Geflügelfutter
Thomasmehl	Muskatorlegemehl
Kalifalz	Futterzucker
Superphosphat	Tiermehl
Kohlenäurer	Fischmehl
Düngerkalk	Dorschmehl
Torfmuld	Zuckerzinnigel
Gerste	Kochsalz
Haber	Futterkalk
Leinmehl	Knochenmehl
Erdnufmehl	Rotklee
Sojafrot	Luzerne
Nach-Mehl	Bastardklee
Kleie	Wicken
Ackerbohnenfrot	Futtererbsen
Gerstenfrot	Grasfamen
Mais	Rangras
Maismehl	Angersien

Ausgabe in Calw Mittwochs u. Samstags,
in Althengstett Dienstags. Die Geschäftsstelle

An unsere urteilsfähige Landbevölkerung!

Noch keine Regierung gab es, die gerade für die Landwirtschaft soviel getan hat wie die derzeitige.

Darum überlegt und wählet im eigenen Interesse

Hindenburg.

Holzbronn—Walddorf

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 9. April 1932, stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Adolf Rothfuß, Monteur

Sohn des † Schultheiß Rothfuß, Holzbronn

Frida Gutekunst

Tochter des Johannes Gutekunst, Schreinermeister
Walddorf

Kirchgang 1 Uhr in Holzbronn

Calw.

Bergebung von Bauarbeiten

Zu einem Anbau an Geb. Nr. 23 der Eduard-Conz-Strasse, Besitzer Herr Michael Braun, Rentner, sind die Grab-, Beton-, Maurer- und Steinbauer-, Zimmer-, Flaschner-, Gipser-, Schreiner-, Glasern- und Schlosserarbeiten im Submissionsweg zu vergeben. Pläne und Kostenvoranschlag usw. sind beim Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt, und wollen Angebote mit berechneter Endsumme, bis Mittwoch, den 13. ds. Mts., vormittags 12 Uhr daselbst abgegeben werden. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Calw, den 6. April 1932.

Kohler, Architekt

Suche eine vollwertige, gute

Milchkub



eventuell mit Kalb, die auch zum Zug geeignet ist. Angebote an Inspektor Emil Palm, Heim Pilsgeruhe in Schwarzenberg, Oberamt Neuenbürg.

Mähmaschinen

und Reparaturen
Chr. Widmaier
Telefon 308

Bad Liebenzell
Gut eingebrachtes

Wiesenheu

verkauft
das Missionshaus.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert
Freitag, den 8. April
9 Uhr in Althengstett:

3 leere Fässer

150-250 Ltr. haltend,

ferner anschließend um

10 Uhr in Simmozheim:

1 Sofa plüsch, 1 Schrank

1 Brückenwaage, 1 Mehl-

trog, 5 Fässer, 2 leere,

1 mit Most und 1 mit

Brombeermost.

Versteigerung findet

bestimmt statt.

Zusammenkunft je beim

Rathaus.

Weidenbach, Gerichts-

vollzieherstelle, Calw

Geldbeutel

liegen geblieben.

Chr. Hägele, Särtnerei

Wolfshund

zugelaufen.

Abzugeben gegen Futtergeld

und Einrückungsgebühr bei

B. Weik, Milchhändler

Altbürg

Noch billiger

Eierbruchmacaroni

2 Pfd. 75 Pfg.

Eiernudeln breit

2 Pfd. 75 Pfg.

Naturreis

3 Pfd. 65 Pfg.

Linsen

3 Pfd. 60 Pfg.

Kernseife

3 Riegel à 400 gr

nur 66 Pfg.

Hamburger

Kaffee-Lager

Fritz Mönch

Niederlage

Thams & Garps

Drucksachen

aller Art liefert rasch

sauber und preiswert

die Druckerei ds. Bl.

Witzbach, den 5. April 1932.

Dankfagung



Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Elisabeth Luz

geb. Keppler

erfahren durften, sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte am Grabe sowie den erhebenden Gesang des Leichenchors, den Herren Ehrenträgern und allen denen, die sie zu ihrer letzten Ruhestätte begleitet haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

WahlDrucksachen

liefert die Druckerei dieses Blattes.

Spielt am Platze! Porloersparnis!

Süddeutsche
Klassenlotterie

1/8 Los Mk. 5.—

1/4 Los Mk. 10.—

bei

Friseur Winz

Marktplatz

Schonviele Haupttreffer

verkauft.

Unterzeichneter sucht bei

bestehenden Ansprüchen

Arbeit

gleich welcher Art, evtl. als

Knecht.

Paul Furthmüller

Waler, Stammheim

Strümpfe aller Art

Reparaturen an Strickwaren

führt aus

H. Richter, Strickerei

Hiesau, Klosterhof

Tort- und
Haferschalen-
Melasse
frisch eingetroffen
Alfred Luz

Stammheim.
Verkaufe einige Wagen
gut eingebrachtes

Heu
und Dehmd

Krämer z. „Bären“

Logo
Crema
für Schuhe

Erste
Terpentin-
Qualität
u. doch nur
farbig 25 Pfg.

20
Pfg.

Aufruf!

Mehr als 18 Millionen deutscher Männer und Frauen haben am 13. März im ersten Wahlgang dem

Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg

ihre Stimme gegeben. Es fehlte nur wenig, so war die absolute Mehrheit von allen abgegebenen Stimmen erreicht.

Der Erfolg beim zweiten Wahlgang scheint damit gesichert, auch wenn die vermehrten Anstrengungen unterlegener Parteien den letzteren noch Zulauf bringen sollten. Aber es gilt, im zweiten Wahlgang mehr zu erreichen als nur den einfachen Sieg. Der Generalfeldmarschall soll aus der Masse der am 10. April für ihn abzugebenden Stimmen erfahren, wie überwältigend groß die Zahl der deutschen Männer und Frauen ist, die ihm unentwegt und rückhaltlos ihr Vertrauen schenken, die ihn und keinen andern an der Spitze des deutschen Volkes sehen wollen.

Nicht nur alle diejenigen, die am 13. März dem Generalfeldmarschall ihre Stimme gegeben haben, müssen ihn wieder wählen; es müssen auch alle diejenigen sich anschließen, welchen der Erfolg des ersten Wahlgangs gezeigt hat, daß die Reichspräsidentenwahl keine Parteisache ist, daß es nicht richtig und nicht möglich ist, mittelst der Reichspräsidentenwahl eine Partei zur Herrschaft zu bringen, oder mit dieser Wahl Parteiziele erreichen oder taktische Parteimanöver ausführen zu wollen.

In der Reichspräsidentenwahl ist ein Mann zu wählen, der das Vertrauen des ganzen Volkes genießt, der das Volk eint und die Parteien zusammenführt, der den Charakter und die Erfahrung, das Wissen und Können, das Ansehen und die Würde besitzt, die unerlässlich sind für denjenigen, der ein großes Volk in schwerer Zeit durch Not und Stürme ruhig, sicher und zielbewußt vorwärts führen soll. Dieser Mann ist

Generalfeldmarschall von Hindenburg

Am 24. April werden in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt die Volksvertreter für die Landtage dieser Länder gewählt. Das sind Parteiwahlen. Da wähle jeder die Männer aus den Parteien, mit denen nach seiner Meinung der Reichspräsident arbeiten und regieren soll und kann. Am 10. April aber, bei der Reichspräsidentenwahl, gebt alle Eure Stimme dem

Generalfeldmarschall von Hindenburg

Wer am 10. April nicht mitwählt, der fehlt bei einer entscheidenden Rundgebung des ganzen deutschen Volkes für seinen nationalen Helden!

Aus der Stadt Calw:

Friedrich Aldinger, Gewerbeschuldirektor; Adolf Ammon, Reichsbahnrat; Dr. med. Oskar Antenrieth; Jakob Baenschle, Oberpräzeptor a. D.; Friedrich Burger, Zugführer; Robert Dinkelader, Weberreitechniker; Wilhelm Dingler, M. d. R. und M. d. L.; Eberhard Epple, Hauptlehrer; Frau Emma Epple; Heinrich Essig sen., Flaschnermeister; Otto Gähner, Bürgermeister; Frau Sophie Gähner; Frau Frieda Hartmann; Adolf Hilligardt, Verwaltungsamtmann; Fritz Kohler, Fabrikant; Dr. med. Gerhard Lang, Medizinalrat; Fidelis Rebus, Stadtpfarrer; Philipp Raft, Stadtrat; Dr. med. Eberhard Mezger; Hermann Methammer, Generalleutnant a. D.; Georg Pfetsch, Land-

wirtschaftslehrer; Karl Proß, Verwaltungsdirektor; Friedrich Rauser, Oberamtspfleger; Ernst Rheinwald, Rechtsanwalt; Friedrich Rippmann, Landrat; Emil Roller, Ingenieur; Heinrich Röhle, Kaufmann; Alfred Schiler, Studienrat; Karl Schmid, Fabrikdirektor; Hermann Schmid, Fabrikant; Hermann Schnürle, Bäckermeister; Frau Luise Seeger; Carl Spambalg, Buchhändler; Samuel Stendel, Professor a. D.; Karl Stüber, Kaufmann; Georg Unger, Oberamtspartassendirektor; Hermann Wagner, Fabrikant; Karl Weß, Landwirt; Frau Eugenie Wieland; Carl Werner, Färbermeister; Julius Zapp, Oberspinnmeister.

Aus dem Bezirk Calw:

Marlus Alfert, Hauptlehrer a. D., Unterreichenbach; Karl Aylaffe, Schultheiß a. D., Neuburgstett; Rudolf Bader, Oberlehrer, Girsau; Wilhelm Bender, Fabrikant, Neubulach; Frau Geheimrat Auguste Boehm, Bad Liebenzell; Friedrich Braun, Bürgermeister, Dedensprohn; Georg Braun, Bürgermeister, Liebelberg; Wilhelm Defer, Oberes Badhotel Bad Liebenzell; Wilhelm Fijcher, Landwirt, Ostelsheim; Christian Gädtele, Gemeinderat, Müttlingen; Chamille Gangler, Kaufmann, Station Teinach; Ludwig Gehring, Gemeindepfleger, Gchingen; Adolf Gehring, Hauptlehrer, Monalam; Johannes Graze, Bürgermeister, Müttlingen; Paul Hahn, Gemeinderat, Dachtel; Theodor Haug, Oberlehrer, Unterhaugstett; Karl Heubach, Obermeister, Kentheim; Friedrich Kalmbach, Gemeindepfleger, Hornberg; Friedrich Keppler, Bürgermeister, Unterhaugstett; Edward Kömpf, Oberlehrer, Stammheim; Friedrich Kopp, Gemeinderat, Müttlingen; Jakob Lehrer, Bürgermeister, Dachtel; Michael Löcher, Bürgermeister, Michelberg; Johannes Lörcher, Bürgermeister, Oberkollwangen; Christian Gottlob Luz, Kirchenpfleger, Dedensprohn; Hugo Mäulen, Bürgermeister, Bad Liebenzell; Fritz Müller, Verwaltungsaktuar, Neubulach; Gottlob Friedrich Paulus, Landwirt, Dedens-

prohn; Wilhelm Prommer, zum „Anker“, Kentheim; Michael Reutshler, Bürgermeister, Schmiech; Friedrich Reutshler, Ausschultheiß, Müttlingen; Georg Roller, Landwirt, Stammheim; Friedrich Roller alt, Kirchenpfleger, Holzbronn; Wilhelm Sautter, Ostelsheim; Georg Schaible, Bürgermeister, Martinsmoos; Fritz Schmidt, Verbandsdirektor, Station Teinach; Christian Schneider, Oberlehrer, Sonnenhardt; Gustav Schöffler, Landwirt, Ostelsheim; Gustav Schröfel, Kaufmann, Jabelstein; Karl Schülle, Pfarrer, Bad Teinach; Paul Schwarz, Landwirt, Gchingen; Martin Seeger, Waldmeister, Neubulach; Georg Stahl, Oberlehrer a. D., Neubulach; Jakob Stanger, Gemeindepfleger, Unterhaugstett; Jakob Steinle, Liebelberg; Christian Stod-burger, Postmeister, Bad Teinach; Jakob Süßer, Steinhauer, Dachtel; E. Volle, Bürgermeister, Monalam; Adolf Volz, Privatmann, Neubulach; Karl Wader, Obermaschinenmeister, Meistern; Heinrich Walter, Oberlehrer i. R., Ostelsheim; Otto Weiß, Photograph, Gchingen; Ludwig Weiß, Landwirt, Gchingen; Paul Widmaier, Oberrechnungsrat, Girsau; Carl Wiesmeyer, Hauptlehrer, Stimmohheim; Friedrich Wurster, Bürgermeister, Michalben; Heinrich Wurster, Privatmann, Unterreichenbach.

Der vorstehende Aufruf ist völlig unabhängig, von keiner Partei veranlaßt und an keinen übergeordneten Wahlauschuß gebunden. Er hat nichts zu tun mit anderen Aufforderungen für die Wahl und rückt mit entschiedenem Widerspruch von Stimmenwerbungen ab, welche parteikampftätig aufgezo-gen andere Denkende, Parteien oder Meinungen in Wort und Bild verunglimpfen oder verhöhnen.